

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Ver.di nach dem Bundeskongress

30-Stundenwoche, Klimaschutz, kostenloser ÖPNV

Auf dem Bundeskongress von ver.di gab es viele intensive Debatten und weitgehende Beschlussfassungen. Entscheidend ist die Frage der Umsetzung. Tausend Delegierte aus den verschiedenen Bereichen, in denen die Gewerkschaft ver.di ihre 1,9 Millionen Mitglieder organisiert, berieten über mehr als eintausend Anträge und wählten nach achtzehn Jahren Frank Bsirske einen neuen Vorsitzenden, Frank Werneke.

Die Stimmung auf dem Kongress spiegelte wider, dass an den Fragen von Klimaschutz und Rechtspopulismus eine Politisierung stattgefunden hat. Gerade auch die ver.di Jugend setzte mit Aktionen während des Kongresses wichtige Signale. So erklimmen sie mehrmals die Bühne mit Transparenten zur Seenotrettung, zum politischen Streik sowie zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

An einigen Punkten gab es hitzige Debatten, die dazu führten, dass weitergehende Anträge gegen die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission, die zunächst vor allem die Haltung des Gewerkschaftsrats widerspiegelte, durchgesetzt werden konnten.

Sozialpartnerschaft

Frank Werneke, der seit 2002 stellvertretender Vorsitzender war, wurde ohne Gegenkandidatur und mit großer Unterstützung gewählt. In seiner Antrittsrede griff er die kämpferische Stimmung auf und nahm positiv auf radikale Forderungen wie die nach Enteignung der Immobilienkonzerne Bezug. Es ist wichtig, ihn beim Wort zu nehmen. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass Werneke als Mitglied der SPD auch deren Politik im Großen und Ganzen unterstützt. Wie ein großer Teil von Funktionär*innen, vertritt er daher auch nach wie vor einen sozialpartnerschaftlichen Kurs. Dieser Kurs wird allerdings gerade in Krisenzeiten, wie sie uns jetzt bevorstehen, scheitern.

Wenn Werneke - wie übrigens auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann - die Zielmarke von 12 Euro für den Mindestlohn benennt, muss die Frage beantwortet werden, wie diese Zielmarke erreicht werden kann. Genauso verhält es sich mit der Forderung nach Enteignung der großen Immobilienkonzerne. All das sind zu begrüßende Positionierungen, aber es reicht nicht, davon zu reden oder die Regierungen darum zu bitten. Solche Forderungen werden nur gegen den Willen des Kapitals durchgesetzt und würden die massenhafte Mobilisierung der Gewerkschaften erfordern. In diesem Zusammenhang ist die Forderung der ver.di Jugend nach politischem Streik absolut korrekt. Klar ist auch: Das Recht auf politischen Streik wird nicht in bürgerlichen Gerichten erstritten, sondern indem die Gewerkschaften es sich nehmen.

Tarifrunden 2020 und die 30-Stundenwoche

Aber auch ohne politischen Streik gibt es schon nächstes Jahr genug Möglichkeiten für ver.di, einen Teil der beschlossenen Forderungen zu erkämpfen: 2020 stehen eine Reihe von Tarifrunden an, so für Bund und Kommunen, für Nahverkehrsbetriebe, bei der Post und der Telekom und viele andere. Vor diesem Hintergrund war bezeichnend, dass eine lange und intensive Debatte über Änderungsanträge zum Leitantrag geführt wurden, die eine Ergänzung zum Thema Arbeitszeitverkürzung bedeuteten. Einem Antrag aus dem größten Landesverband NRW wurde letztlich, auch hier trotz anfänglicher Ablehnung der Antragskommission, zugestimmt. Dieser besagt, dass die Debatte in ver.di über die Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich geführt werden muss. Ein weitergehender Antrag, nach dem diese Forderung aufgestellt werden sollte, fand zwar keine Mehrheit. Dennoch war dies ein großer Fortschritt, da eine konkrete Benennung des Ziels einer 30-Stunden-Woche bisher nie im Leitantrag aufgenommen wurde.

An diesem innergewerkschaftlichen Erfolg gilt es nun anzuknüpfen. Denn für viele Beschäftigte ist dies aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung eines der wichtigsten Themen. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass von der ver.di-Führung aus eine falsche Ausrichtung durchgesetzt wird, die bedeutet, dass es letztlich eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht gibt und zusätzlich noch die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit gemacht werden soll, weil keine neuen Stellen geschaffen werden. Leider lässt die Umfrage, die ver.di in vielen Bereichen Anfang des Jahres gestartet hatte, nichts Gutes ahnen. In dieser Umfrage können Kolleg*innen nur ankreuzen, was ihnen wichtiger ist: Arbeitszeit ODER Lohn. Damit wird suggeriert, dass eine Arbeitszeitverkürzung nur mit Lohnabzügen möglich sei, oder - wie im Modell der Eisenbahngewerkschaft EVG - ein Tarifabschluss, bei dem Beschäftigte sich aussuchen können, ob sie mehr Lohn oder weniger Arbeitszeit haben wollen. Das aber hat nichts mit dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu tun. Im Gegenteil, kann es in Zeiten der Krise sogar noch von Arbeitgeberseite ausgenutzt werden, um Beschäftigte zwangsweise auf niedrigere Löhne zu setzen, wie es zum Beispiel Anfang der 2000er mit den Absenkungstarifverträgen im Land Berlin oder auch bei der Telekom 2007 der Fall war.

In den Diskussionen um die Tarifforderungen sollten Kolleg*innen die Forderung nach einer drastischen Arbeitszeitverkürzung hin zur 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich offensiv in die Diskussion bringen. Das "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di" wird gemeinsam mit anderen kämpferischen Kolleg*innen und Vernetzungen wie der ver.di Linken NRW oder des Hamburger Arbeitskreises für Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag leisten, um dieser Forderung Gehör zu verleihen. Notwendig ist hierfür, dass sich Kolleg*innen an der Basis vernetzen und koordinieren, um maximalen Druck aufzubauen. Ein wichtiger Termin, um das vorzubereiten wird die VKG-Konferenz Ende Januar (siehe Hinweis unten).

Tarifikämpfe gemeinsam führen

Angesichts der anstehenden Tarifrunden im nächsten Jahr wäre es sinnvoll und notwendig, aus diesen Tarifauseinandersetzungen eine breitere gesellschaftspolitische Bewegung für gemeinsame Ziele - wie einer drastischen Arbeitszeitverkürzung, Verteilung der Arbeit auf alle ohne Lohnverzicht, für mehr Personal in Krankenhäusern, Schulen, Kitas, Pflege, in den Ämtern und Verkehrsbetrieben, gegen Stellenabbau - zu machen. Dafür wäre es an der Zeit, sich zu koordinieren und Kolleg*innen auf Kundgebungen zusammenzubringen - auch wenn möglich mit anderen Branchen und Gewerkschaften wie der IG Metall. Die Republik könnte durch massenhafte Mobilisierungen für gemeinsame Ziele zum Stillstand gebracht werden. Eine kämpferische Ausrichtung der Gewerkschaften würde so nicht nur in Worten, sondern in der Realität von Streiks

und massenhaften Kundgebungen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. In der Vergangenheit gab es auf lokaler Ebene aufgrund der Initiative von lokalen Gewerkschaftsuntergliederungen auch gemeinsame Streik-Kundgebungen von Belegschaften, die sich in der Auseinandersetzung befinden. Diese betriebs- und fach-bereichsübergreifenden Veranstaltungen sind der Ansatz für eine weitergehenden Koordinierung der Kolleg*innen und kann und sollte genutzt werden, um Solidarität zu organisieren, die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu erhöhen und gemeinsam zu diskutieren, wie der Kampf um die eigenen Forderungen gewonnen werden kann.

Mehr Personal im Krankenhaus

Der Forderung nach einer Beteiligung von ver.di am Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ wurde durch Überweisung an den Gewerkschaftsrat aus dem Weg gegangen. Hier blieb die nötige Debatte über eine Ausweitung der Kampagne aus, die aber nötig ist, damit die Bewegung sich nicht verzettelt und in eine Sackgasse zu gerät. Der Kampf für mehr Personal in den Krankenhäusern wurde überhaupt erst durch die mutige Initiative von Kolleg*innen an der Charité angeschoben. Um hier weiter zu kommen, ist dringend notwendig, sich von unten zu vernetzen und gemeinsam eine Strategie auszuarbeiten.

Umwelt- und Klimaschutz

Klimaschutz war bei diesem Bundeskongress eines der wichtigsten Themen. Gegen die ursprünglich ablehnende Haltung der Antragskommission wurde nach hitziger Debatte mit großer Mehrheit ein Antrag verabschiedet, der sich für den Erhalt des Hambacher Forstes ausspricht: „Der Bundeskongress spricht sich ausdrücklich gegen die geplante Rodung des Hambacher Forsts sowie die generelle Zerstörung von Dörfern und Natur für den Braunkohleabbau aus.“ Zusätzlich wird deutlich gemacht, dass „die weitere Zerstörung von Siedlungen, Natur- und Kulturlandschaften zu vermeiden“ ist. Sowohl im Leitantrag, als auch in beschlossenen Zusatzanträgen wurde klar gestellt, dass der Kohleausstieg notwendig ist und gleichzeitig nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf. Es wurde der Ausschluss von Kündigungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Ausgleich bei Gehaltseinbußen gefordert. Gleichzeitig muss die Versorgung mit Energie für alle bezahlbar sein. Die Frage, wer dies bezahlt, muss jedoch noch beantwortet werden.

Um die Beschäftigten der Kohleindustrie für die von ver.di formulierten Ziele zu gewinnen, ist auch notwendig, klare Aussagen für den Erhalt aller Arbeitsplätze zu formulieren. Eine „ökologische Transformation, bei der es sozial gerecht zugeht“, wie Frank Werneke es in seiner Antrittsrede formulierte, ist konkret nur umsetzbar, wenn in den entsprechenden Bereichen nicht mehr die Profitlogik privater Konzerne entscheidet. Der Erhalt der Arbeitsplätze und eine ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Umstellung der Energieversorgung beispielsweise ist nur möglich im Zusammenhang mit der Forderung nach Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung (gewählte Vertreter*innen den Belegschaften und Gewerkschaften). Es ist daher wichtig, den Beschluss als Ausgangspunkt zu nehmen, um diese Debatte auch innerhalb ver.di zu führen. Nur so kann erreicht werden, dass die Interessen der Beschäftigten mit denen des Umweltschutzes verbunden werden und keine Spaltung entsteht.

Kostenloser ÖPNV

Ebenso ging es bei einem Antrag zur Frage des Öffentlichen Personennahverkehrs. Verabschiedet wurde, dass ver.di sich dafür einsetzt, "dass alle Personen ohne Ausnahmen bundesweit kostenfrei mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) befördert werden." Auch hier gab es eine

intensive Diskussion und die Kongressmehrheit beschloss eine Kompromissformulierung, die einschließt, dass der kostenlose ÖPNV steuerfinanziert werden soll. Die essentielle Forderung nach der notwendigen Verstaatlichung der Nahverkehrsunternehmen flog dabei jedoch raus. Auch hier bleibt die Frage zu klären, wie dieses Ziel erreicht wird und wer dafür zahlt, wenn die „Steuerfinanzierung“ nicht die Mehrheit der Beschäftigten belasten soll.

Die Umsetzung des kostenlosen ÖPNV ist nur möglich, wenn nicht an den Grenzen der jetzigen politischen Rahmenbedingungen Halt gemacht wird. Das führt nämlich dazu, dass in der Praxis durch ver.di Fachbereichsleitungen vor Ort sogar Preiserhöhungen begrüßt werden, weil nach ihrer Logik sonst keine Lohnerhöhungen für die Beschäftigten drin seien, wie kürzlich in einer Stellungnahme des ver.di-Fachbereichs Verkehr in Berlin zur Fahrpreiserhöhung. Dadurch werden aber die Interessen der Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben gegen die der Beschäftigten aus Kitas, Krankenhäusern, Feuerwehr oder Post gestellt, die dann wiederum mit höheren Fahrpreisen zur Kasse gebeten werden. Das bedeutet Spaltung innerhalb der Arbeiter*innen in einer Stadt oder Region. Genau das muss die Gewerkschaft jedoch verhindern, um eine gemeinsame Kampfkraft zu ermöglichen.

Daher muss die Finanzierungsfrage offensiv beantwortet werden. Ein kostenloser ÖPNV ist gesellschaftlich notwendig. Eine Finanzierung kann durch Reichen- und Vermögenssteuer erreicht werden. Eine Verkehrswende ist nur möglich, wenn die Entscheidungen nicht mehr nach Profitinteressen der großen Konzerne getroffen werden. Daher muss eine ökologische Verkehrswende mit der Eigentumsfrage verbunden werden. Im Bereich des ÖPNV ist daher die Forderung nach Rekommunalisierung aller privatisierten Verkehrsbetriebe dringend aufzustellen. Diese müssen demokratisch kontrolliert und verwaltet werden, im Interesse der Beschäftigten und der Masse der arbeitenden Bevölkerung, die auf sie angewiesen sind. Mit einer solchen Programmatik kann ver.di die Interessen von Umwelt, Beschäftigten und Nutzer*innen zusammen bringen. Auf solch einer Grundlage kann auch eine starke Solidarität der Bevölkerung mit den Forderungen der Beschäftigten aufgebaut werden. Gerade in Tarifaueinandersetzungen bei Bussen und Bahnen ist das eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg.

Rezession - kein Thema?!

Solidarität innerhalb der Arbeiter*innenklasse wird umso wichtiger im Zusammenhang mit der heran nahenden wirtschaftlichen Krise. Es ist klar, dass in einer neuerlichen wirtschaftlichen Krise die Kosten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Um den Abbau von Arbeitsplätzen zu rechtfertigen, werden schon jetzt Klimaschutz, Digitalisierung und Transformation vorgeschoben. In Wirklichkeit geht es um die Profitinteressen großer Konzerne. Wenn damit verbunden dann Steuereinnahmen sinken, wenn wieder Rettungspakete für Banken geschnürt werden, werden auf der andere Seite dann in öffentlichen Haushalten wieder Sparpakete geschnürt. Ein wirtschaftlicher Einbruch wird also auf verschiedene Weise massive Auswirkungen auf die Arbeiter*innenklasse haben.

Während die kommende Rezession in bürgerlichen Medien bereits auf täglicher Basis Thema ist, wurde das auf dem ver.di Kongress fatalerweise komplett ausgeblendet! Das ist ein riesiges Versäumnis. Ältere Kolleg*innen werden sich erinnern, was alles in der Krise 2007/2008 zur Disposition stand. Wie Milliarden von Euros innerhalb von kurzer Zeit für Banken mobilisiert wurden, dafür aber die Masse der arbeitenden Bevölkerung zur Kasse gebeten wurde. Nötig ist die Vorbereitung auf die Abwehr der Folgen einer Wirtschaftskrise, sei es Arbeitsplatzabbau, Angriffe auf Tarifverträge oder auch mögliche Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte!

Für eine kämpferische und demokratische ver.di

Ver.di wird dann stark, wenn sie kämpft. Notwendig ist auch eine Demokratisierung der Gewerkschaft. Alle Funktionär*innen sollten einer Rechenschaftspflicht und Transparenz unterliegen. Es stärkt eine Gewerkschaft nicht, wenn Niederlagen oder Kompromisse als Erfolge verkauft werden. Wenn auf Grund des Kräfteverhältnisses ein Kompromiss eingegangen werden muss, gehören die Gründe auf den Tisch und ein Lösungsvorschlag, wie man mit vermehrter Kraft in die nächste Runde geht. Aber bei den auf dem Kongress positiv bewerteten Tarifaueinandersetzungen, wie dem Abschluss 2019 im Druckgewerbe mit einer Rekordlaufzeit von 36 Monaten, dem Poststreik, der von einem Tag auf den anderen beendet wurde traf das nicht zu. Auch bei den Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst nicht, die nach dem Votum der Mehrheit für eine Fortsetzung des Arbeitskampfes und gegen Annahme des Schlichtungsergebnisses nicht ernsthaft durch die Bundesebene von ver.di weiter geführt wurden.

Das ebenfalls auf höchster Ebene gewollte und nun endlich beschlossene Mammutprojekt der Fachbereichszusammenlegung soll in bürokratischer Manier die Probleme lösen, die einer inhaltlichen und strategischen Lösung bedürfen. In den nächsten Jahren werden notwendige Ressourcen des Apparates durch die Umstellung gebunden sein, die dringend in den Tarifrunden und vor Ort gebraucht werden.

Einige Schritte bedeuten hier eine Beschränkung der demokratischen Beteiligung anstatt umgekehrt. Auf dem Kongress wurde erneut eine Einschränkung der Antragsrechte auf der bezirklichen Ebene zur Abstimmung gestellt. Während immer mehr Bezirke fusioniert werden und wie in Thüringen und Hamburg bereits ganze Bundesländer umfassen, sollen diese keine Anträge mehr direkt an den Bundeskongress stellen dürfen. Dieser satzungsändernde Vorschlag bekam glücklicherweise nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Ein Argument, das vorgebracht wurde, sei die Fülle der Anträge. Es ist unbenommen, dass man für eine Konzentration in der Diskussion gleichlautende Anträge zusammenfassen kann. Einige Delegierte brachten die Problemstellung jedoch auf den Punkt: Nicht die Menge der Anträge, sondern die Kongressorganisation schränke die Diskussion ein. Während längere Reden zur Rechenschaft und Ausrichtung notwendig sind, wird der Kongress von einem ausführlichen Rahmenprogramm von Vorträgen und Danksagungen begleitet, das viel Raum einnimmt und Delegierte ermüdet. Die Zeit und Energie für diese Programmpunkte wäre besser in die Diskussion auf dem Kongress investiert.

Auch ein Antrag zur Verlängerung der jetzt schon langen Wahlperiode von vier auf fünf Jahre wurde glücklicherweise nicht angenommen. In Redebeiträgen haben Vertreter*innen aus allen Bereichen klar gemacht, dass selbst eine Wahlperiode von vier Jahren schon das Problem birgt, eine Kontinuität der ehrenamtlichen Arbeit herzustellen. Vor allem jüngere Menschen sind oft gezwungen, ihre Jobs und ganze Branchen zu wechseln. Dies äußert sich dann nicht in der Neuwahl von Gremien, sondern in ihrer Entleerung bis zur nächsten Wahl. Gerade in den heutigen turbulenten Zeiten müssen sich Veränderungen in ver.di in den Diskussionen und Wahlen wiederfinden, als Ausdruck des Willens der Gewerkschaftsmitglieder. Statt einer Verlängerung der Amtsperiode wäre die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionsträger*innen notwendig, sowie eine Begrenzung von Funktionärsgehältern auf einen durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn.

Seit der Gründung von ver.di 2001 hat die Gewerkschaft etwa eine Million Mitglieder verloren. Die Debatten und weiter gehenden Beschlüsse auf dem Kongress spiegeln wider, dass es viele Kolleg*innen gibt, die sich eine kämpferische Ausrichtung ihrer Gewerkschaft wünschen. Jetzt müssen wir den Druck gemeinsam von unten aufbauen, damit diese Ansätze auch in der praktischen Gewerkschaftspolitik umgesetzt werden. Nötig ist der Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftslinken, um die kommenden Auseinandersetzungen zu bestehen.

Ankündigung zu VKG Konferenz